

Stadtverwaltung

RAT / 03 / 2020



An die
Mitglieder

des Rates der Stadt Borken

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

Sitzungstermine:	Mittwoch, 13.05.2020
Sitzungsbeginn:	17:06 Uhr
Sitzungsende:	20:22 Uhr
Ort, Raum:	Großer Saal der Stadthalle Vennehof, 46325 Borken

Es sind anwesend:

Vorsitzende/r:

Schulze Hessing, Mechtild, Bürgermeisterin

CDU:

Aehling, Bernadette	Stadtverordnete	
Böhr, Benjamin	Stadtverordneter	
Börger, Hubert	Stadtverordneter	
Fellerhoff, Juergen	Stadtverordneter	
Heßling, Karsten	Stadtverordneter	
Klöpper, Hendrik	Stadtverordneter	
Kohlruss, Günter	Stadtverordneter	
Kranenburg, Marius	Stadtverordneter	ab TOP 3
Lansmann, Markus	Stadtverordneter	
Merkel, Jutta	Stadtverordnete	
Niehoff-Elsing, Birgitta	Stadtverordnete / Ortsvorsteherin	
Nikolov, Nico	Stadtverordneter	ab TOP 3
Queckenstedt, Klaus	Stadtverordneter	
Richter, Frank	Stadtverordneter	
Rottbeck, Paul	Stadtverordneter	
Schwane, Walter	Stadtverordneter / Ortsvorsteher	
Stork, Günter	Stadtverordneter / Ortsvorsteher	
Tautz, Jürgen	Stadtverordneter / Ortsvorsteher	

SPD:

Biela, Claudia	Stadtverordnete	
Eggern, Dieter	Stadtverordneter	
Fritz-Hummelt, Ulrike	Stadtverordnete	
Grotzky, Hartmut	Stadtverordneter	
Kaiser, Michael	Stadtverordneter	
Kindermann, Kurt	Stadtverordneter	bis einschl. TOP 27
Niemeyer, Jürgen	Stadtverordneter	

UWG:

Ciethier, Klaus	Stadtverordneter
Ebbing, Brigitte	Stadtverordnete
Koop, Stephan	Stadtverordneter
Nitsche, Bastian	Stadtverordneter
Spangemacher, Christoph	Stadtverordneter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja	Stadtverordnete	
Krüger, Sandra	Stadtverordnete	ab TOP 4
Westermann, Hartwig	Stadtverordneter	

Fraktionsloses Mitglied:

Wingerter, Sigrid	Stadtverordnete	bis einschl. TOP 13
-------------------	-----------------	---------------------

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons
Gantefort, Thomas

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Kuhlmann, Jürgen, Techn. Beigeordneter
Lask, Markus, Fachbereichsleiter
Nießing, Norbert, 1. Beigeordneter der Stadt Borken
Scholten, Julia, Fachbereichsleiterin

Schriftführer/in:

Overkämping, Judith

Es fehlen entschuldigt:**CDU:**

Keller-Flinks, Viktoria	Stadtverordnete
Stumpf, Hubert	Stadtverordneter

SPD:

Kindermann, Evegret	Stadtverordnete
---------------------	-----------------

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Martsch, Siegfried	Stadtverordneter
--------------------	------------------

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

1 Eröffnung der Sitzung

2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

3 Aktuelle Corona-Situation -mündlicher Bericht-

4 Standortplanung Julia-Koppers-Gesamtschule und Remigius Grundschule

5 Verteilung Solidaritätsfonds für heimische Gastronomie und Kultur

6 Erlass der Elternbeiträge aufgrund der Corona-Pandemie
Vorlage: V 2020/125

7 Umgang mit Entgelten der Musikschule und der VHS aufgrund der Corona-Krise
Vorlage: V 2020/142

-
- 8** Einführung eines kreisweit einheitlichen Familienpasses
Vorlage: V 2020/072
-
- 9** Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege; Umsetzung des reformierten Kinderbildungsgesetzes
Vorlage: V 2020/060
-
- 10** Beitritt zum Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt e.V.
Vorlage: V 2020/081
-
- 11** Beitritt Zukunftsnetz Mobilität NRW
Vorlage: V 2020/075
-
- 12** Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung an der K 6 Nordvelener Straße
Vorlage: V 2020/117
-
- 13** Kenntnisnahme der Ermächtigungsübertragungen von 2019 nach 2020
Vorlage: V 2020/135
-
- 14** Überplanmäßige Mittelbereitstellung - Vergabe der Ingenieurleistungen zur Erschließung der neuen Feuer- und Rettungswache an der Raesfelder Straße
Vorlage: V 2020/097
-
- 15** Stundung der Gewerbesteuvorauszahlungen - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/118
-

- 16** Überplanmäßige Mittelbereitstellung: Aufstellen von temporären Raumsystemen für die Julia-Koppers-Gesamtschule - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/119
-
- 17** Gemeinsame Ausschreibung der Klärschlamm Entsorgung - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/120
-
- 18** Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die abwassertechnische und straßenmäßige Erschließung des ehemaligen Schmeing-Geländes in Weseke - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/121
-
- 19** Antrag der CDU-Fraktion: Bebauung Baulücken - Alte Bebauungspläne
Vorlage: V 2020/079
-
- 20** Antrag der SPD-Fraktion: Veranstaltung "75 Jahre Wiederaufbau Stadt Borken"
Vorlage: V 2020/091
-
- 21** Antrag der SPD-Fraktion: Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe für die Formulierung von Leitzielen
Vorlage: V 2020/090
-
- 22** Antrag der SPD-Fraktion: Bericht Klimaschutzmanager
Vorlage: V 2020/092
-
- 23** Antrag der SPD-Fraktion: Bereitstellung einer Notfallkarte
Vorlage: V 2020/093
-

- 24** Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion:
"Städte Sicherer Häfen"
Vorlage: V 2020/089
-

- 25** Mitteilungen der Verwaltung
-

- 26** Anfragen an die Verwaltung
-

- 26.1** Anfrage der SPD-Fraktion
-

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Bürgermeisterin Schulze Hessing eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlägt vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Punkte „Standortplanung Julia-Koppers-Gesamtschule und Remigius Grundschule“ als neuer TOP 4 und „Verteilung Solidaritätsfonds für heimische Gastronomie und Kultur“ als neuer TOP 5 zu erweitern.

Den Erweiterungen wird einstimmig zugestimmt.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Keine.

zu 3 Aktuelle Corona-Situation -mündlicher Bericht-

Bürgermeisterin Schulze Hessing berichtet von der aktuellen Situation. Aufgrund des sehr stark von dem Coronavirus betroffenen Betriebes Westfleisch in Coesfeld seien auch Schlachthöfe und Zerlegungsbetriebe im Kreis Borken kontrolliert worden. Auch die Unterkünfte der Beschäftigten würden kontrolliert. Wenn es aus der morgigen Bürgermeisterkonferenz neue Erkenntnisse gebe, werde sie diese weiterleiten.

Erster Beigeordneter Nießing informiert über die Notfallbetreuung, die ohne größere Probleme gut laufe. Seit dieser Woche würden wieder alle Grundschulklassen in einem rollierenden System zur Schule gehen. Dies sei eine große organisatorische Herausforderung.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass in der VHS und der Musikschule der Betrieb sukzessive wieder anlaufe. Die Räume des Bürgerbüros im Rathaus würden derzeit so hergerichtet, dass dort demnächst drei Front-Office-Büros für alle Fachbereiche zur Verfügung ständen, in denen Termine nach Vereinbarung stattfinden könnten. So könnten die Dienstleistungen unter den erforderlichen Schutzbedingungen wieder vollständig angeboten werden.

zu 4 Standortplanung Julia-Koppers-Gesamtschule und Remigius Grundschule

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, weshalb es so lange gedauert habe, bis die Öffentlichkeit in den Prozess der Standortplanung mit einbezogen werden könne. Die Grundvoraussetzungen zu schaffen, dass die Standorte auch tatsächlich zur Verfügung ständen, habe einige Zeit gedauert, da unter anderem die Eigentumsverhältnisse an der Parkstraße sehr komplex seien.

Erster Beigeordneter Nießing stellt die drei möglichen Varianten anhand der als Anlage beigefügten Präsentation vor.

Stv. Richter bedankt sich für die verständliche Darstellung der Historie und der Faktenlage. Er weist darauf hin, dass diese Aufgabe ohne Ko-Finanzierung nicht zu schultern sei. Da es sich aber um eine Pflichtaufgabe handle und Bildung sehr wichtig sei, müsse man sich gegebenenfalls eine Finanzierung mit Krediten anschauen.

Stv. Ebbing teilt mit, dass sie das Verkehrsproblem am Duesberg Standort für lösbar halte. Dies sei an der Parkstraße deutlich schwieriger zu lösen. Die Umsetzbarkeit an der Parkstraße schätze sie aufgrund der Nähe zum Wasser als problematisch ein. Die Duesbergschule sei ihr klarer Favorit als neuer Standort für die Gesamtschule.

Bürgermeisterin Schulze Hessing führt aus, dass eine sachliche und fachliche Klärung für alle Eckpunkte erforderlich sei und neutral begutachtet werden sollte.

Stv. Kindermann merkt an, dass auch zu bedenken sei, dass ein Großteil der Schüler von Raesfeld nach Borken kommen werde. Aufgrund des langen zeitlichen Horizontes könne sich die Mobilität bis zur Fertigstellung ändern. Der zeitliche Faktor könne auch eine Rolle für die Entscheidung eines Standortes spielen.

Stv. Niemeyer fügt hinzu, dass zum Wohl der Stadt Borken entschieden werden müsse. Eine gründliche Abwägung sei genau der richtige Weg.

Stv. Queckenstedt führt aus, dass die Planungen die Stadt Borken die nächsten Jahre begleiten werde. Es sei wichtig darauf zu achten, dass beide Gesamtschulen

einen gleichwertigen Standort und ein gleichwertiges Ansehen hätten. Die Jodocus-Nünning Gesamtschule sei bereits eine Gesamtschule 1. Klasse. Dies müsse auch für die Julia-Koppers-Gesamtschule gelten. Er weist jedoch darauf hin, dass es Schulen nicht zum Nulltarif gebe.

Die städtebauliche Entwicklung sei ebenfalls zu berücksichtigen.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass die Finanzierungsfrage insgesamt im Kontext vertretbar sein müsse. Die Konsequenzen würden im Rat dargestellt werden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing schlägt vor, darüber abzustimmen, Verkehrsgutachten für die Standorte B und C einzuholen und die planungsrechtlichen Machbarkeiten für die Standorte zu konkretisieren.

Stv. Richter regt an, auch bereits eine Einschätzung der beteiligten Schulen einzuholen.

Stv. Ebbing beantragt, vorerst nur eine Einschätzung der beteiligten Schulen einzuholen und erst danach mögliche Gutachten in Auftrag zu geben.

Bürgermeisterin Schulze Hessing antwortet, dass noch kein abschließendes Votum eingeholt werden könne, wenn nicht klar sei, dass ein Standort umsetzbar sei. Es könne lediglich ein erstes Votum eingeholt werden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann ergänzt, dass der Baugrund zu untersuchen sei. Ebenso sei es wichtig, frühzeitig ökologische Untersuchungen durchzuführen. Auch wasserrechtlich seien beide Standorte zu prüfen.

Stv. Niemeyer stimmt einer Abstimmung zur Einholung von Verkehrsgutachten und planungsrechtlichen Machbarkeiten zu. Wenn darüber nicht frühzeitig entschieden werde, verschiebe sich das ganze Projekt nach hinten. Die weiteren Punkte würden bereits mit in die Beratung einfließen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing ergänzt, dass man die verschiedenen Schritte parallel gehen müsse. Bei einem solchen Investment sei absolute Gründlichkeit erforderlich.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Verkehrsgutachten für die Standorte B und C einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die planungsrechtliche Machbarkeit für die beiden Standorte B und C zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

3. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Dialog mit den betroffenen Schulen und anderen Beteiligten zu treten und ein erstes Votum von den Schulen einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme bei

34 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kostenannahmen und die Grobkalkulation zu schärfen, Fördermittel zu generieren und eine finanzielle Unterstützung zu klären und die Ergebnisse in einer öffentlichen Präsentation vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 5 Verteilung Solidaritätsfonds für heimische Gastronomie und Kultur

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt den aktuellen Stand zu den Anträgen aus dem Solidaritätsfonds und einen Auszahlungsvorschlag vor (siehe Anlage).

Stv. Börger weist darauf hin, dass es auch der Landwirtschaft schlecht gehe. Wenn einige Gastronomen unterstützt würden, würden sich viele andere wundern, weshalb sie keine Unterstützung bekämen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass es sich um einen gemeinsamen Solidaritätsfonds handle, der mit Beteiligung der Bürgerschaft gefüllt werde. Dabei habe man sich an der Landesebene orientiert, um auf lokaler Ebene weiter zu unterstützen. Eventuell könne der Fonds vergrößert werden.

Stv. Richter stimmt Stv. Börger zu. Es seien viele Wirtschaftszweige betroffen. Man müsse auch auf weitere Hilfen von der EU, dem Bund und dem Land hoffen. Hier solle jedoch die Gastronomie und die Kultur aufrechterhalten werden, dazu solle der derzeitige Spendenbetrag vervielfacht werden.

Es sei zu prüfen, ob nicht weitere Mittel aus dem Haushalt 2020 zur Verfügung gestellt werden könnten, die an anderer Stelle in diesem Jahr nicht gebraucht würden.

Stv. Böhr erkundigt sich, wie hoch der Bedarf der einzelnen Antragsteller angegeben worden sei. Der vorgeschlagene Auszahlungsbetrag schein sehr gering.

Bürgermeisterin Schulze Hessing antwortet, dass es eine große Bandbreite gebe. Die Wünsche seien höher als der Ansatz. Man habe diesen geringer angesetzt, da die weitere Entwicklung abgewartet werden solle.

Stv. Böhr merkt an, dass man aufpassen müsse, sich mit einer geringen Auszahlung nicht lächerlich zu machen. Die Gastronomie sollte auch durch andere Art und Weise unterstützt werden, indem zum Beispiel eine Erweiterung der Außengastronomie ermöglicht werde.

Stv. Kindermann erkundigt sich nach Beträgen für die Kultur.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass die Anträge hinterfragt werden müssten, da die Gelder aus dem Fonds eigentlich Unternehmern und damit Arbeitsplätzen zu Gute kommen sollte, deren Existenz bedroht sei.

Stv. Kindermann erkundigt sich, aus welchen Mitteln die Unterstützung gezahlt werden solle und ob die Gelder zu versteuern seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing antwortet, dass das Finanzamt entscheiden müsse, ob Steuern zu zahlen seien.

Erster Beigeordneter Nießing ergänzt, dass für das Stadtmarketing in 2020 Mittel in Höhe von 190.000 Euro veranschlagt seien, davon seien 45.000 Euro bereits verausgabt. Aus diesem Topf Mittel für die Unterstützung der Gastronomie und Kultur zu nehmen, schein angemessen.

Stv. Ebbing führt aus, dass der Gastronomie unterstützend unter die Arme gegriffen werden müsse, auch wenn die Summe nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Es sollten auch alle weiteren eingehende Anträge geprüft werden.

Stv. Niemeyer stimmt dem zu. Man werde mit diesen Summen keinen Gastronomen retten können, aber man setze damit einen Appell, dass die Stadt hinter den Unternehmen stehe.

Stv. Becker regt an, selber wieder in die Gastronomie zu gehen und dort zu essen und zu trinken, um einen Anfang zu machen.

Stv. Richter greift den Antrag von Stv. Böhr bezüglich der größtmöglichen Erweiterung der Außengastronomiefläche auf und bittet darum, diesen in den Beschlussvorschlag mit aufzunehmen.

Stv. Kindermann merkt an, dass das Land Bayern ein Programm zur Unterstützung der Gastronomie auf den Weg gebracht habe. Es solle ein Appell an das Land NRW gehen, dies auch zu tun.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fasst zusammen, dass der Fonds weitergeführt und eine erste Ausschüttung wie vorgeschlagen vorgenommen werden solle. Den Gastronomen solle der Hinweis gegeben werden, dass es ein Solidaritätszeichen zum Defizitausgleich sein solle und die Wirtschaftsförderung in Kontakt bleibe, um weitere Entwicklungen zu beobachten.

Stv. Westermann regt an, jedem Antragsteller den gleichen Betrag auszuzahlen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing antwortet, dass man sich bewusst an den Regelungen des Landes orientiert habe, da je nach Größe auch mehr Arbeitsplätze betroffen und höhere Mieten und Pachten zu zahlen seien.

Stv. Ebbing regt an, dass die Unternehmen, die jetzt einen Antrag gestellt hätten, nicht ausgeschlossen werden dürften, wenn es weitere Auszahlungen gebe.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stimmt dem zu. Es handle sich vorerst um eine erste Ausschüttung.

Beschluss:

1. Eine 1. Ausschüttung in Höhe von insgesamt 40.000 Euro soll wie vorgeschlagen zeitnah erfolgen. Es sollen weiterhin Spenden gesammelt und der Solidaritätsfonds weitergeführt werden.
2. Eine größtmögliche Erweiterung der wetterunabhängigen Außengastronomieflächen soll angestrebt werden. Dazu wird das Gespräch mit den Gastronomen gesucht, ein Konzept entwickelt und Flächen zur Verfügung gestellt.
3. Es erfolgt ein Appell an die Landesregierung, ein Förderprogramm ähnlich wie in Bayern aufzuerlegen.
4. Über den Umgang mit den Anträgen der Kulturschaffenden wird berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

**zu 6 Erlass der Elternbeiträge aufgrund der Corona-Pandemie
Vorlage: V 2020/125**

Stv. Richter führt aus, dass es mehr als angemessen sei, auf die Beiträge zu verzichten. Auch für den nächsten Tagesordnungspunkt sei die Spitzabrechnung genau richtig.

Stv. Becker stimmt dem zu. Die Unterstützung der Familien sei ein gutes Zeichen.

Beschluss:

1. Die Stadt Borken verzichtet – aufgrund der Corona-Pandemie und vorbehaltlich der abschließenden Beschlussfassung durch den Landtag – für die Monate April und Mai 2020 sowohl bei der vorläufigen Festsetzung wie auch später im Rahmen der Überprüfung auf den vollen Elternbeitrag in den Bereichen Kita, KTP und städtische OGS. Dies gilt auch für jene Eltern die in systemrelevanten Bereichen tätig sind und ihre Kinder in Notgruppen betreuen lassen. Ein entsprechender Antrag auf die 50%-Landeserstattung wird seitens der Verwaltung gestellt.
2. Die Stadt Borken erstattet den mit der ÜMI an den städtischen Grundschulen beauftragten Fördervereinen sowie Betreuungsträgern – aufgrund der Corona-Pandemie und vorbehaltlich der abschließenden Beschlussfassung durch den Landtag – die Elternbeiträge für die Monate April und Mai 2020 in Höhe von 50 %. Ein entsprechender Antrag auf die 50 % ige Landeserstattung wird durch die Verwaltung gestellt. Die Landesmittel werden an die Fördervereine und Betreuungsträger weitergeleitet.
3. Die Stadt Borken gewährt dem Verein Montessori e.V. – aufgrund der Corona-Pandemie und vorbehaltlich der abschließenden Beschlussfassung durch den Landtag- den hälftigen Elternbeitragsausfall für die Monate April und Mai 2020 für die ÜMI und OGS an der Montessori-Schule.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

**zu 7 Umgang mit Entgelten der Musikschule und der VHS aufgrund der Corona-Krise
Vorlage: V 2020/142**

Beschluss:

Der Spitzabrechnung der Musikschule und der VHS wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

**zu 8 Einführung eines kreisweit einheitlichen Familienpasses
Vorlage: V 2020/072**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken unterstützt die Einführung eines einheitlichen Familienpasses.

Seitens der Stadt Borken werden folgende Vergünstigungen angeboten:

1. Ermäßigung pro Eintritt in das Freizeitbad Aquarius
2. Ermäßigung der Musikschulgebühren (für Mitgliedskommunen)
3. Ermäßigung der VHS-Gebühren (für Mitgliedskommunen)
4. Ermäßigung auf alle von der Stadt Borken sowie der Kulturgemeinde Borken ausgerichteten Kinderveranstaltungen

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den für die VHS, Musikschule und Kulturgemeinde zuständigen Gremien sowie den Stadtwerken die Höhe der Ermäßigung sowie ggfs. erforderliche interne Verrechnungen zu besprechen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

**zu 9 Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertageseinrichtungen
und Kindertagespflege; Umsetzung des reformierten Kinderbil-
dungsgesetzes
Vorlage: V 2020/060**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt:

Die vorliegende Satzung zur Änderung der

- a) Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen (Elternbeitrags-
satzung) vom 20.12.2007 in der Fassung vom 10.12.2012 und der
- b) Satzung über die Heranziehung zu den Kosten der Tagespflege (Tagespfle-
gebeitragssatzung) vom 20.06.2008 in der Fassung vom 10.12.2012

wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

**zu 10 Beitritt zum Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt e.V.
Vorlage: V 2020/081**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt, die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommu-
nen“ zu unterzeichnen und dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.
beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 11 Beitritt Zukunftsnetz Mobilität NRW
Vorlage: V 2020/075

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Beitritt in das Zukunftsnetz Mobilität NRW unter den genannten Voraussetzungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 12 Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung an der K 6 Nordvele-
ner Straße
Vorlage: V 2020/117

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 70.000 € bis 100.000 € bei der Haushaltsberatung 2021 zu berücksichtigen und im Haushalt 2020 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Deckung erfolgt durch die Nichtanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei Produkt 12.01.01.00, Sachkonto 09112000, USK 63000.95650 (Straßenmäßige Erschließung der Erweiterung des Gewerbegebietes GE 21, Baustraße).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 13 Kenntnisnahme der Ermächtigungsübertragungen von 2019 nach 2020
Vorlage: V 2020/135

Stv. Richter stellt fest, dass es viele Veränderungen gebe und noch Luft nach oben sei. Es blieben jedoch keine inhaltlichen Fragen offen.

Stv. Ebbing erkundigt sich, ob beim Produkt 11.02.01.00 die Fortführungen der Planungen für die Erschließung BO 74 a gestoppt werden könnten.

Bürgermeisterin Schulze Hessing sagt eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil zu.

Die Ermächtigungsübertragungen von 2019 nach 2020 werden zur Kenntnis genommen.

zu 14 Überplanmäßige Mittelbereitstellung - Vergabe der Ingenieurleistungen zur Erschließung der neuen Feuer- und Rettungswache an der Raesfelder Straße
Vorlage: V 2020/097

Beschluss:

Im Produkt 02.02.01.00, Sachkonto 09112000, Unterkonto 70000.94370 „Erschließung des neuen Standortes der Feuer- und Rettungswache“ werden 20.000 € als Ausgabeermächtigung und 70.000 € als Verpflichtungsermächtigung überplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt bei der Ausgabeermächtigung durch Minderausgaben beim Unterkonto 70000.94880 "Hydraulische Sanierung", Sachkonto 09112000, Produkt 11.02.01.00 und bei der Verpflichtungsermächtigung durch das Unterkonto 70000.94810 "Neuordnung der Entwässerungssituation im Gewerbegebiet Burlo", Sachkonto 09112000, Produkt 11.02.01.00.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme
(ohne Stv. Queckenstedt)

zu 15 Stundung der Gewerbesteuervorauszahlungen - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/118

Stv. Ebbing merkt an, dass die Stundung der Gewerbesteuervorauszahlungen ein fraktionsübergreifender Antrag gewesen sei. Sie erkundigt sich, weshalb nur die CDU genannt werde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing antwortet, dass dies ein Versehen der Verwaltung gewesen sei. Sie macht deutlich, dass es ein gemeinsamer fraktionsübergreifender Antrag gewesen sei.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 23.03.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme
(ohne Stv. Queckenstedt)

zu 16 Überplanmäßige Mittelbereitstellung: Aufstellen von temporären Raumsystemen für die Julia-Koppers-Gesamtschule - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/119

Stv. Spangemacher erkundigt sich, wie viele Raumsysteme insgesamt benötigt würden, wie hoch die Kosten im Jahr seien und wie lange die Raumsysteme benötigt würden.

Erster Beigeordneter Nießing antwortet, dass bis zu 24 Raumsysteme benötigt würden. Da diese noch nicht ausgeschrieben seien, könnten die Kosten noch nicht genau beziffert werden. Die Raumsysteme würden so lange benötigt, bis der neuer Schulstandort fertiggestellt sei.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 26.03.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme
(ohne Stv. Queckenstedt, Stv. Niemeyer)

**zu 17 Gemeinsame Ausschreibung der Klärschlamm Entsorgung - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/120**

Stv. Börger merkt an, dass ab 2023 Maßnahmen ergriffen werden müssten, dass im Klärschlamm kein Phosphor enthalten sei. Er erkundigt sich, wie damit umgegangen werde.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann stimmt dem zu. Dies sei ein Thema das alle beschäftige, jedoch sei es nicht Teil der jetzigen Ausschreibung. Man habe daher Zeit bis Ende 2028, es handle sich um eine Zukunftsaufgabe.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 26.03.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme
(ohne Stv. Niemeyer)

**zu 18 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die abwassertechnische und straßenmäßige Erschließung des ehemaligen Schmeing-Geländes in Weseke - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: V 2020/121**

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 26.03.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme
(ohne Stv. Niemeyer)

zu 19 Antrag der CDU-Fraktion: Bebauung Baulücken - Alte Bebauungspläne
Vorlage: V 2020/079

Stv. Richter erläutert den Antrag. In alten Bebauungsplangebieten seien groß dimensionierte Bauvorhaben realisiert worden, die die Nachbarschaft stören würden. Solchen Missständen solle entgegengewirkt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Sachverhalt zu beschäftigen und die Ergebnisse in einer der nächsten Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 20 Antrag der SPD-Fraktion: Veranstaltung "75 Jahre Wiederaufbau Stadt Borken"
Vorlage: V 2020/091

Bürgermeisterin Schulze Hessing weist auf die geplante Veranstaltung „75 Jahre Kriegsende“ hin, die am 28.03.2020 hätte stattfinden sollen. Diese solle nachgeholt werden.

Stv. Kindermann erläutert, dass im Krieg 90 % der Stadt zerstört worden sei. Es solle die Gesamtplanung des Wiederaufbaus und die Quartiersentwicklung beleuchtet werden. Ziel des Antrages sei eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine öffentliche Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Geschichte ist mehr“ zu konzeptionieren und die Aufbauplanung nach dem Krieg in der Stadt Borken zu beleuchten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 21 Antrag der SPD-Fraktion: Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe für die Formulierung von Leitzielen
Vorlage: V 2020/090

Stv. Kindermann erläutert den Antrag. Die Verwaltung habe 8 neue Leitziele vorgegeben. In einer interfraktionellen Arbeitsgruppe sollte die Politik sich mit diesen Leitzielen auseinandersetzen und gegebenenfalls Formulierungen anpassen.

Stv. Richter weist darauf hin, dass öffentlich über die Leitziele debattiert werden solle, wenn andere Auffassungen dazu bestünden. Dies solle nicht im stillen Kämmerlein geschehen. Nach intensiven Beratungen sehe die CDU-Fraktion keine Notwendigkeit einer Arbeitsgruppe.

Stv. Niemeyer merkt an, dass die Leitziele im Haushaltsplan nicht optimal formuliert seien. An diesen Messgrößen solle sorgfältig gearbeitet werden. Es müsse ein ständiger Prozess sein.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fasst zusammen, dass grundsätzlich von den Fraktionen eine Auseinandersetzung mit den Leitzielen gewünscht sei. Der eine Vorschlag sei, dafür eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu gründen, der andere Vorschlag sei, dies in der öffentlichen Sitzung zu beraten.

Stv. Becker fügt hinzu, dass es Teil der Haushaltsberatungen sei und sich jede Fraktion Gedanken über die Leitziele und deren Formulierung machen müsse.

Stv. Böhr lobt die Verwaltung, die sich viele Gedanken über die Formulierung der Leitziele gemacht habe. Es sei nicht zielführend, nur innerhalb einer Arbeitsgruppe darüber zu beraten.

Stv. Ebbing stimmt dem zu. Es dürfe nicht nur im stillen Kämmerlein darüber diskutiert werden.

Stv. Kindermann merkt an, dass es vorher nie Leitziele gegeben habe. Es müsse zwingend politisch darüber diskutiert werden, wenn nicht in einer Arbeitsgruppe, dann im Rat oder Hauptausschuss.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt fest, dass man in der eigentlichen Sache einheitlicher Meinung sei. Sie schlage vor, die Einbringung der Leitziele in den Haushalt als gesonderten Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Stv. Ebbing erkundigt sich, ob die SPD dies so mittragen könne und den Antrag zurückziehen wolle.

Stv. Kindermann antwortet, dass unter diesen Umständen auf eine Arbeitsgruppe verzichtet werden könne.

Erster Beigeordneter Nießing teilt mit, dass für die Haushaltseinbringung 2021 aufgrund der neuen Wahlperiode und aufgrund der aktuellen finanziellen Unsicherheiten wegen der Corona-Krise die Einbringung des Haushaltes auf den 16.12.2020 verschoben werden solle. Von Januar bis März könnten dann die Fraktionen ihre Haus-

haltsberatungen vornehmen und Ende März würde dann der Haushalt 2021 verabschiedet werden. In dieser Zeit könne auch die Debatte bezüglich der Leitziele erfolgen.

**zu 22 Antrag der SPD-Fraktion: Bericht Klimaschutzmanager
Vorlage: V 2020/092**

Stv. Kindermann teilt mit, dass sich der Antrag aufgrund der Corona-Krise erledigt habe.

**zu 23 Antrag der SPD-Fraktion: Bereitstellung einer Notfallkarte
Vorlage: V 2020/093**

Stv. Niemeyer stellt die Notfallkarte aus Heiden vor. Es sei eine wertvolle Sache für Bürgerinnen und Bürger.

Stv. Koop weist darauf hin, dass das Rote Kreuz Notfalldosen anbiete, die im Kühlschrank gelagert werden sollten, damit die Rettungskräfte direkt wüssten, wo danach zu suchen sei. Man könne das Gespräch mit dem Roten Kreuz suchen, ob diese in Ergänzung auch Karten für unterwegs anbieten würden.

Stv. Tautz merkt an, dass es diese Flyer sowohl in Apotheken als auch bei Ärzten bereits gebe, diese aber nicht angenommen würden. Auf der Gesundheitskarte könnten auch viele Daten gespeichert werden. Es sollte nicht noch einen weiteren Flyer von der Stadt geben. Die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Stv. Nikolov ergänzt, dass die Daten auch auf dem Handy gespeichert werden könnten. In einem Notfall wüssten die Rettungskräfte, wie sie an die Daten kämen. Man könne die Bürgerinnen und Bürger über die verschiedenen Möglichkeiten aufklären und diese Informationen im Rathaus auslegen.

Stv. Fritz-Hummelt antwortet, dass die älteren Menschen nicht alle ein Handy hätten. Es solle im Rathaus einen Flyer mit Informationen und Tipps geben.

Stv. Ebbing ergänzt, dass man auch das Gespräch mit den Hausärzten suchen könne, damit diese den älteren Patientinnen und Patienten entsprechende Informationen gäben.

Stv. Becker merkt an, dass auf der Gesundheitskarte bereits viele Daten gespeichert seien und man diese immer dabei habe.

Stv. Kohlruss schlägt vor, den Rettungsdienst zu fragen, wo es diesbezüglich Probleme gebe und wo sie weiteren Bedarf sehen würden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fasst zusammen, dass bei den Krankenkassen, dem DRK und dem Rettungsdienst gefragt werden solle, welche Möglichkeiten es bereits gebe und wo weiterer Bedarf bestehe. Darüber solle in einer der nächsten Sitzungen berichtet werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zunächst zurückgestellt.

**zu 24 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion:
"Städte Sicherer Häfen"
Vorlage: V 2020/089**

Stv. Niemeyer teilt mit, dass das Ziel des Antrages durch die gute Sachdarstellung der Verwaltung bereits erreicht sei. Der Antrag dem Bündnis beizutreten werde zurückgezogen.

Stv. Becker führt aus, dass die Aussage der Verwaltung gut sei, man jedoch ein Zeichen setzen müsse, da die Kinder hier nicht ankommen würden.

Stv. Fellerhoff merkt an, dass den Kindern nicht dadurch geholfen sei, dass die Stadt Borken dem Bündnis beitrete. Wenn der Stadt Borken Kinder zugeteilt würden, sollten diese aufgenommen werden.

Erster Beigeordneter Nießing informiert, dass aktuell Kapazitäten für 15 Kinder und Jugendliche vorgehalten würden. Derzeit würden 9 Personen betreut, davon seien 8 über 18 Jahre alt.

Stv. Ebbing ergänzt, dass alles getan werden müsse, um diese Umstände zu beheben.

Stv. Becker merkt an, dass von hier aus die Krise nicht zu lösen sei. Wenn immer mehr Städte dem Bündnis beitreten würden, könne ein Zeichen nach oben gesetzt werden. Ansonsten ändere sich nichts.

Bürgermeisterin Schulze Hessing führt aus, dass ein Zeichen gesetzt werden könne, wenn ein Appell an die Regierung gerichtet würde. Sie fasst zusammen, dass die SPD-Fraktion den Antrag zurückziehe, dem Bündnis beizutreten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen halte an dem Antrag fest.

Stv. Richter teilt mit, dass er sich die Ausführungen von Herrn Niemeyer ausdrücklich zu eigen mache.

Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung bei

3 Ja-Stimmen
24 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

zu 25 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 26 Anfragen an die Verwaltung

Siehe Unterpunkt.

zu 26.1 Anfrage der SPD-Fraktion

Technischer Beigeordneter Kuhlmann und Bürgermeisterin Schulze Hessing beantworten die Anfragen der SPD-Fraktion. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann ergänzt, dass bereits erste Prozeduren gesichtet worden seien. Die Entwicklung werde akribisch weiterverfolgt, das Ausmaß sei jedoch noch nicht abzuschätzen. Er weist auf die Möglichkeit der Telefon Hotline und den Online-Melder hin.

gez.
Mechtild Schulze Hessing
Bürgermeisterin

gez.
Judith Overkämping
Schriftführerin